

Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache
Band: 71 (2015)
Heft: 4

Artikel: Der konkordante Satz : wer in der Schweiz mitregieren will, muss seine politische Sprache zügeln
Autor: Ritschard, Barbara
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-587144>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der konkordante Satz¹

**Wer in der Schweiz mitregieren will,
muss seine politische Sprache zügeln**

Von Barbara Ritschard²

Meine berufliche Laufbahn habe ich vor längerer Zeit als Lokaljournalistin beim «Bund» begonnen. Ich habe mich damals geärgert über die wohltemperierten Worte und Sätze von Gemeinderäten. Und ich habe mich immer sehr gefreut, wenn einer einmal die Contenance verlor. Das bescherte mir ein sogenannt knackiges Zitat, und das wiederum versprach Lob aus der Redaktion und journalistisches Prestige. Später wechselte ich nach Stationen bei der «SonntagsZeitung» und im Bundeshausjournalismus zu Bundesrat Moritz Leuenberger in den Beraterstab. Hier änderte sich meine Optik fundamental und ich konnte mich sehr ärgern über Journalistinnen, die ganz offensichtlich nur «knackige Zitate» abholen wollten.

Heute besteht ein Teil meiner Arbeit darin, Politikerinnen und Politiker in Sachen Kommunikation zu beraten. Zu dieser Arbeit gehört, dass ich ihnen dabei helfe, ihre Gedanken in die richtigen Worte zu kleiden. Das kann ein knackiges Zitat sein – oder eben gerade nicht. Meistens wären wir froh, wenn sie bei einem TV-Auftritt mehr als drei Sätze sagen dürften. Zu meiner Arbeit gehört ebenfalls, auf die nonverbalen Signale meiner Kundinnen und Kunden zu achten: die Gesten, die Mimik, die Tonlage, die Kleidung, die Inszenierung. Auch das ist ja Sprache.

Sie sehen: Mein Zugang zum Thema «Sprache in der Politik» ist kein wissenschaftlicher oder germanistischer; es ist ein ganz praktischer, geprägt von den unterschiedlichen Beobachterposten, die ich im Lauf meines Berufslebens eingenommen habe.

1 Referat an der SVDS-Jahresversammlung vom 13. Juni 2015 in Bern, Unter- und Zwischentitel von der Redaktion.

2 Barbara Ritschard, Bern, lic. phil. I (Psychologie), Beraterin für politische Kommunikation – office@barbararitschard.ch

- Es gibt – erstens – die Sprache des **Legislativpolitikers**.
- Und es gibt – zweitens – die Sprache des **Exekutivpolitikers**.
- Beides wird man nicht von einem Tag auf den andern.
Man muss durch das Stadium des **Jungpolitikers**.

Nehmen wir als **Jungpolitiker** zum Beispiel einen frisch gewählten Stadtrat. Er ist als Redner sprachlich noch unbeholfen. Darum bereitet er sich für seine erste Rede nächtelang vor. Er hat keinen Beraterstab, er weiss nicht, dass es «Speaking Notes» gibt, die so getextet sind, dass man sie im Dialekt ablesen kann. Unser Neuling liest vom Papier ab, an dem er sprachlich lange gefeilt hat. Er sagt: «Insbsunders möcht ig minere Gattin danke, die mi shtets ufopfernd unterschützt und mir säubschtlos dr Rügge freighalte het.»

Die meisten Politiker entwickeln sich sprachlich danach nicht weiter, und sie sagen noch als Stadtratspräsident: «I begrüesse Si zu dr hütige Schtadtratssitzig, i dere Verlouf mir wider zahlrychi Traktandä wärde behandlä dörfe.» Ich behaupte: Wer sich sprachlich nicht weiterentwickelt, der schafft den Sprung vom Lokalen hin zum Nationalen wohl nicht. Und auch nicht den Sprung von der Legislative in die Exekutive.

1. Das Parlament als Tribüne

2015 ist ein Wahljahr. Schauen wir uns deshalb zuerst den **Legislativpolitiker** an. Nehmen wir an, unser Politiker will wiedergewählt werden. Drei Jahre hat es genügt, dass er sich der Fraktionsmeinung anschloss und den roten oder den grünen Knopf drückte. Jetzt braucht es mehr. Er muss auffallen. Er muss in die Medien, an Veranstaltungen, in die «Arena». Er muss pointiert und witzig sein, er muss sprachlich zuspitzen, er muss seine ganze politische Philosophie in einen einzigen knackigen Slogan packen können.

Die historische Benchmark ist hoch:

- *Liberté, Egalité, Fraternité*
- *Glasnost, Perestroika*
- *Die Zehn Gebote*

Unserem Politiker bleibt leider nicht viel anderes übrig, als sich bei der Terminologie seiner eigenen Partei zu bedienen. Jede Partei hat ihr eigenes Vokabular. Sie kennen es. Der Grundwortschatz der SP umfasst *Gerechtigkeit, Solidarität, Grundversorgung, betroffen, für alle statt für wenige, Ja. Ausrufezeichen!* Der Grundwortschatz der SVP umfasst: *Das Volk, die Classe politique, die Heimat, Neutralität, Lüge, Nein. Ausrufezeichen!*

- Bei den einen ist der Autofahrer die *Milchkuh der Nation*, bei den andern ist er ein *Blutegel*.
- Hier *Sozialschmarotzer* – dort *Armutsbetroffene*.
- Hier *Rentenklau* – dort *Verantwortung* für spätere Generationen.
- Hier *humanitäre Katastrophe* – dort *Asylantenschwemme*.
- Beim Sparen sagt die SVP *abspecken*. Die CVP sagt gewichten, SP und Grüne sagen aushöhlen – und alle *drücken Zitronen aus* und *schlucken Kröten*.

Wer neu in ein Parlament gewählt werden will, muss sich mehr als das einfallen lassen. Zum Beispiel kann er mythologische Bilder heraufbeschwören: Sie erinnern sich vielleicht an die Worte, mit denen der Chefredaktor der «Weltwoche» seine Kandidatur für den Nationalrat bekanntgab. «Es langet nüme, an der Seitenlinie zu stehen», sagte er. «Ich muss selber in den Strudel, ins Getümmel.» Sein Entscheid sei gefallen wegen der «verheerenden Politik» und wegen der «Ungeheuerlichkeiten», die Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga im Albisgüetli gesagt habe. «Das zwingt mich zu diesem Schritt». Roger Köppel sagte auch, Chefredaktoren hätten in «schwierigen Zeiten, als die Schweiz bedroht war», schon immer «in die Hosen steigen» müssen.

«Doch werd ich mich dem Lande nicht entziehen, wenn es ruft!» Wer hat das gesagt? Das sagt Wilhelm Tell bei Schiller. Köppels daran anklingende Wortwahl zeigt uns: Er ist kein gewöhnlicher Kandidat, er ist ein Nationalheld, vielleicht ist er sogar ein Messias. Nur dass Sie mich nicht falsch verstehen: Alle Parteien haben ihre Halbgötter. Die Älteren unter Ihnen erinnern sich vielleicht noch an den Slogan für Lilian Uchtenhagen, in dem der soeben gestorbene Willy Ritschard heraufbeschworen wurde: «Auch Willy wollte Lilli.»

Auffallen kann man auch mit drastischen Schilderungen. Zum Beispiel: Nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses hat die Ex-Miss-Schweiz Christa Rigozzi die Lage im Tessin mit den Worten beschrieben: «Es herrschen Schock, Angst und Chaos.» Rigozzi sagt, sie wolle in zehn Jahren in die Politik. Ich behaupte: Sie hat grosse Chancen, sie hat das Zeug für eine erfolgreiche Parlamentarierin. Denn sie erfüllt die sprachlichen Voraussetzungen, sie weiss, wie man kurz und prägnant Stimmung bei der eigenen Basis macht.

2. Magistraten als Landeseltern

Ich behaupte aber auch: Christa Rigozzi würde nicht in ein Exekutivamt gewählt. Denn von einer Bundesrätin, von einem Regierungsrat erwarten wir, dass sie nicht Aufregungen produzieren, sondern Lösungen präsentieren. Und das tut man mit völlig anderen Worten und Sätzen. Schauen wir uns also den **Exekutivpolitiker** an. Seine Karriere beginnt mit dem «Ich schwöre es» oder «Ich gelobe es». Das ist seine letzte unbeschwerte Ich-Äusserung für lange Zeit. Ab jetzt gehört er der Allgemeinheit.

Darf z.B. ein Bundesrat bloggen? Diese Frage hat uns im Stab von Moritz Leuenberger vor acht Jahren umgetrieben, mit diesen Argumenten:

- **Ja.** Mit einem Blog kann er politische Vorschläge auf eine frische, entspannte Art bei einem sonst nicht so erreichbaren Publikum platzieren.
- **Nein.** Wenn ein Bundesrat bloggt, könnte das den Eindruck erwecken, dass er seine eigentliche Arbeit vernachlässigt. Die Menschen haben eine Vorstellung, wie ein Magistrat zu sein hat. Zu diesem Bild gehört: Die eigentliche Aufgabe eines Bundesrats ist, dass er führt. Wenn es sichtbar wird, dass er seine Zeit auch mit Lesen oder sogar mit Schreiben verbringt, dann denken die Leute, er führe nicht. Und dann denken sie, er sei ein schlechter Bundesrat.

Moritz Leuenberger hat sich damals durchgesetzt. Er begann mit seinem Blog. Aber bei der Durchführung haben *wir* uns dann

durchgesetzt. Er musste jeden Text vor dem Aufschalten in die Korrektur geben. Wir haben gesagt: Ein Bundesrat darf meinetwegen bloggen, aber das bitte absolut fehlerfrei: keine Tippfehler, keine Kommafehler, jeder Name richtig geschrieben, und auch Gross- und Kleinschreibung müssen stimmen. Ein Bundesrat, der einen Fehler macht, einen Fehler, den ein Schulkind nicht machen darf: Das geht gar nicht.

Das war im Jahr 2007, also vor acht Jahren. Heute verschicken Stadtpräsidenten Selfies. Und Bundesräte twittern. «BR Leuthard: Satire ist kein Freipass. Aber keine Darstellung, keine Publikation legitimiert Gewalt. Das ist aufs Schärfste zu verurteilen.» Sie erinnern sich: Bundesrätin Doris Leuthard hat diesen Tweet nach dem mörderischen Anschlag auf die Satirezeitschrift «Charlie Hebdo» losgeschickt. Besser gesagt: Ihr Stab hat in ihrem Namen getwittert. Sie erinnern sich sicher auch an die Reaktionen: Man war hell empört. Denn der Leuthard-Tweet ermahnt als Erstes die Satiriker und dann erst die Mörder. Und kein Wort von Bedauern.

Die Wirkung von Sprache besteht eben auch in der Reihenfolge, in der etwas gesagt wird. Und im Fehlen von Wichtigem. Der Tweet war eindeutig unreflektiert. Von einer Bundesrätin erwarten wir Reflexion – das erwarten auch diejenigen, die sonst nicht so reflektiert sind: Die Kritik im «Blick» jedenfalls war am härtesten. Man kann sich fragen, ob in den 140 Zeichen eines Tweets Reflexion überhaupt Platz hat. Oder ob das Tempo und die Kürze nur Schnellschüsse zulassen. Die damalige Nationalrätin Jacqueline Fehr jedenfalls hat getwittert «Humor ist, wenn man trotzdem stirbt.»

Das Departement von Bundesrätin Leuthard hat damals sofort einen Tweet nachgeschickt: «BR Leuhtard: Achtung, gab teilweise Missverständnis: Bin bestürzt über Anschlag. Pressefreiheit ist Grundrecht! Nichts rechtfertigt Attentat.» In der Aufregung hat der Stab jetzt nur noch den Namen der Chefin falsch geschrieben. Wir sehen: Auch Tippfehler können Geschichten erzählen.

3. Macht der Wörter, Macht über Wörter

«Die politische Macht», schreibt der Literaturprofessor Peter von Matt, «ist stets in Wörter gehüllt und stets strebt sie danach, auch über den Sinn der Wörter zu regieren.» In Diktaturen ist die Definitionsmacht bei den Eliten. Darum ist die Presse reglementiert und das Internet verboten. Wenn der russische Präsident Wladimir Putin die Krim als «Neurussland» bezeichnet, findet der offene Widerspruch primär im Ausland statt.

Man kann über Sprache Macht ausüben. Man kann über Sprache aber auch Macht teilen. In einer Demokratie ist das so. In einer Demokratie kann jede und jeder mit Worten und Sätzen um die Definitionsmacht kämpfen. Zum Beispiel: Nachdem die Nationalbank den Euro-Mindestkurs aufgehoben hatte, bezeichnete der SVP-Politiker und Unternehmer Peter Spuhler das als «Katastrophe», SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer als «brandgefährlich», Swatch-Chef Nick Hayek sprach von einem «Tsunami».

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hingegen sagte: «Wir müssen die Lage jetzt beobachten.» Und Bundesrat Schneider-Ammann beruhigte: «Ich habe viel Vertrauen in die Kraft der Schweizer Wirtschaft.» Der ehemalige Juso-Präsident und SP-Nationalrat Cédric Wermuth sagte ganz brav, er mache sich «Sorgen um den Industriestandort Schweiz». Und ich dachte: Ah? Der will Bundesrat werden.

Bei uns wird von Regierungsmitgliedern erwartet, dass sie nicht polemisieren, nicht polarisieren, nicht provozieren. Indem das politische System der Schweiz die Rolle der Exekutive auf diese Weise beschränkt, verteilt es die Macht. Die Exekutivmitglieder haben bei uns die Aufgabe, die Wogen zu glätten, Interessen auszutarieren, alle einzubinden.

In einem Oppositionssystem ist das ganz anders. Hier bekämpfen sich die zwei grössten politischen Gruppierungen mit harten Worten. Darum braucht es darüber einen Präsidenten, der mit väterlicher Ruhe

die nationale Einheit bewahrt. Und wenn es, wie in Deutschland geschehen, zu einer Grossen Koalition kommt, man sich also auf höchster Ebene auf eine gemeinsame Politik einigen muss, dann kommt es nicht gut – zumindest sprachlich gesehen: «... Zudem wollen wir künftig eine Anlaufhemmung bei bestimmten Auslandssachverhalten hinsichtlich der Festsetzungsverjährung einführen, wenn diese nicht korrekt erklärt werden.» (Aus dem Vertrag der Grossen Koalition, Dezember 2013)

Zurück zur Schweiz. Bei uns muss ein Regierungsmitglied

1. **mehrheitsfähig sein,**
2. **alle einbinden,**
3. **magistrale Sicherheit ausstrahlen und keine Schwäche zeigen.**

Zum Punkt 1, **mehrheitsfähig sein**: Die zurückhaltende Sprache von Schweizer Bundesräten hat einen ganz handfesten Grund: Jedes einzelne Geschäft muss in unserem politischen System mehrheitsfähig gemacht werden. Zu diesem Zweck werden heute auch die Bezeichnungen von Gesetzesvorlagen sehr genau angeschaut und sorgfältig formuliert, damit ja nicht das Falsche hineininterpretiert werden kann.

Zwei Beispiele:

- Es gab zu meiner Zeit im UVEK ein Bündel von Massnahmen, mit denen man die Sicherheit auf den Strassen verbessern wollte. Die Verwaltung schlug als Namen *VESIPO* vor, das stand trocken für «Verkehr*S*icherheits*P*olitik». Wir machten daraus die «*Via Sicura*» – und ich bin sicher, dass dieser selbsterklärende Titel – er tönt ja auch noch ein bisschen wie ein Fellini-Film – noch heute dabei hilft, entsprechende neue Sicherheitsmassnahmen durchzubringen.
- Oder das *Elektrizitätsmarktgesetz*. Es fiel in der Abstimmung durch: zu wirtschaftslastig, zu liberalisierungsfreundlich, wurde gesagt. Die Folge-Vorlage hiess *Stromversorgungsgesetz*, enthielt ungefähr dasselbe – und wurde problemlos angenommen. Das Wort «Versorgung» weckt Vertrauen, anders als das Wort «Markt».

Ein Bundesrat achtet bei seinen öffentlichen Auftritten darauf, dass er die Menschen in seine Politik einbindet:

- Egal aus welcher Partei – ein Bundesrat äussert immer *Verständnis*. Er nimmt auch abstruse Vorschläge *ernst* und gibt sie in die Verwaltung zur *vertieften Prüfung*.
- Eine Bundesrätin *bedankt* sich sogar noch für das beleidigende Votum eines politischen Gegners und lächelt dazu.
- Ein Bundesrat *kritisiert, indem er lobt*. Das tönt dann so: «Ich bin sicher, dass auch Ihnen die humanitäre Tradition am Herzen liegt.»
- Eine Bundesrätin sagt «Ich *freue mich* auf die Diskussion mit Ihnen», auch wenn sie weiss, dass sie nun eine halbe Stunde lang angepflaumt wird.
- Ein Bundesrat sagt eine Einladung nicht einfach ab, schon gar nicht mit der Begründung: «Es stinkt mir – erst recht an einem Sonntag.» Nein, er *bedauert eine Terminkollision*.

Zur 2. Anforderung, wonach ein Exekutivmitglied in der Schweiz möglichst **alle Bevölkerungsgruppen ansprechen** und einbinden muss. Das hat ebenfalls einen handfesten Hintergrund, nämlich die enorme Vielfalt der Schweiz. Wir haben mehrere Religionen, krasse geographische Gegensätze (sehr urbane und sehr abgelegene Randgebiete), vier Sprachen, mehr als vier Kulturen, Männer und Frauen, Alte und Junge, Einheimische und Zugewanderte, Arme und Reiche usw. Niemand soll ausgeschlossen werden, alle werden miteinbezogen. Sprachlich tönt die Einbindung aller bei einer 1.-August-Rede dann so:

*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Liebe Mitbewohnerinnen und Mitbewohner unseres Landes,
Liebe Schweizerinnen und Schweizer im Ausland, ...*

Bei einer Annahme der Wahl zur Bundespräsidentin tönt es so: «Stimadas commembras e stimads commembers da l'Assamblea federala, grazia che Vus m'avais elegida sco presidenta federala. Ihr Vertrauen, meine Damen und Herren, bedeutet mir viel. Le contexte international ne va pas foncièrement changer ces prochains mois. Siamo alla soglia di un anno elettorale.» Das sind konkordante Sätze.

Alle werden angesprochen. Es geht noch konkordanter. Heute wird bei der Neujahrsansprache im Fernsehen eine Übersetzerin eingeblendet, sie übersetzt die Rede in Gebärdensprache für Gehörlose. Ich bin sicher: Lange vor dem Englischen wird es Neujahrsansprachen für Schweizer Vorschulkinder und Analphabeten in Form von Emojis³ geben.

Ein Regierungsmitglied muss also 1. überparteilich reden, 2. alle einbinden und – 3. Punkt – es muss magistrale Sicherheit ausstrahlen und darf **keine Schwäche zeigen**. Auch das spiegelt sich in der Sprache:

- Ob Regierungsrat oder Bundesrat: Er spricht nicht von einem *Problem*, sondern vor einer *Herausforderung*.
- Ob Bundesrätin oder Regierungsrätin: Sie hat keine *Angst*, sondern grossen *Respekt*.

Keine Schwäche zeigen heisst auch, immer richtigliegen. Darum legt sich ein Bundesrat ungern fest.

- Wenn er eine Idee testen will, dann sagt er: «Wir haben eine mögliche Lösung *angedacht*.» Oder er gewährt einen «*Werkstatt-Einblick*», spricht von Lösungen, die «*aufwärtskompatibel*» sind – natürlich «*aus heutiger Optik*». Er spricht von einem «*ergebnis-offenen Prozess*» oder davon, dass er «*unvoriignoo dr Dialog mit aune Beteiligete*» führen will – im Klartext: Er hat es mit einem Sack voller Flöhe zu tun. Oder mit der Berner Reithalle.⁴
- Ganz allgemein sagt ein Bundesrat *nicht* «*ich*», sondern «*wir*». Der Pluralis Majestatis gibt ihm mehr Gewicht. Nach Regierungssitzungen sagt er: «Der Bundesrat hat entschieden.» Je nachdem, mit welcher Mimik er das sagt, gibt er Auskunft darüber, ob er anderer Meinung ist – ohne die Kollegialität zu brechen. Manchmal sagt eine Bundesrätin auch: «*Ich* habe dem Bundesrat beantragt.» Im Klartext heisst das dann: Es gab ganz harten Widerstand, aber ich habe mich mit meinem guten Vorschlag durchgesetzt.

Wir haben in den letzten Jahren in der Schweiz viele politische Verwerfungen gehabt, die Zauberformel wurde gekippt, die Konkor-

danz und die Kollegialität sind in Frage gestellt worden. Aber die Sprache der Bundesräte und Bundesrätinnen hat sich in dieser Zeit kaum verändert. Natürlich gab es Ausrutscher. Aber im Allgemeinen wahrten und wahren die Exekutivmitglieder auf Gemeinde-, auf kantonaler und auf Bundesebene die Contenance und bemühen sich auch sprachlich um Mehrheitsfähigkeit. Das ist erstaunlich. Aber es zeigt, wie tief verankert und unbestritten unser austariertes politisches System ist.

4. Die Symbolik der Auftritte wandelt sich

Zur Sprache gehören auch sämtliche nonverbalen Äusserungen. Ich möchte Sie darum noch kurz auf die Sprache von Inszenierungen und von Auftritten durch Regierungsmitglieder aufmerksam machen. Studien des US-amerikanischen Sozialpsychologen Albert Mehrabian zeigen: 55 Prozent der Wirkung einer Person gehen in Zweifelsfällen auf das Konto von nonverbalen Äusserungen, 38 Prozent trägt die Stimme zum Eindruck bei. Der Inhalt, also das Gesagte, ist nur mit 7 Prozent beteiligt. Der Befund belegt: Wenn wir über Sprache reden, dürfen wir uns nicht auf die Worte beschränken.

In einem sogenannten Aide-mémoire ist der Verhaltenskodex des Bundesrates festgehalten; es umfasst volle 61 Seiten. Drei Seiten befassen sich ausschliesslich damit, bei welchem Todesfall wer an die Beerdigung geht, wie viele Weibel er mitnimmt, wer welchen Besuch macht, welchen Brief schreibt, welchen Kranz spendet. Bis hin zur Beflaggung ist hier minutiös wie in einem Knigge aufgelistet, wie die Inszenierung auszusehen hat. Unter Ziffer 245.2 ist übrigens der/die Stadtpräsident/in von Bern aufgeführt. Seine/ihre Familie bekommt gemäss Aide-mémoire keinen Beileidsbesuch, dafür:

- 1 Brief vom Bundesrat,
- 1 Kranz,
- und an die Trauerfeier kommen «1 Mitglied des Bundesrates, 1 Weibel».

Mit seinen Auftritten und Inszenierungen verfolgt der Bundesrat dieselben Ziele wie mit der verbalen Sprache:

- Er symbolisiert das Prinzip: Alle sind eingebunden, alle gehören dazu. Ich habe seinerzeit Bundesrat Moritz Leuenberger an den Christopher Street Day in Zürich begleitet: Erstmals redete ein Bundespräsident an diesem Anlass. Das war nicht einfach ein Auftritt, das wurde als politisches Signal verstanden und war auch so gemeint: Ein Bundespräsident geht zu allen, auch zu den Homosexuellen. Er geht zum Schwingfest und ans Jazzfestival, er geht ins Albisgütli und an den 1. Mai.
- Der Bundesrat kann sich auch aufteilen. Am Wochenende vom 17./18. Januar 2015 sahen wir Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga im Albisgütli bei der SVP und Bundesrat Alain Berset am Lauberhornrennen (im Publikum). Und Eveline Widmer-Schlumpf gab in den Sonntagsmedien Interviews zur Nationalbank. (Und Nationalrat Christoph Mörgeli zeigte auf den hinteren Seiten des «Sonntagsblicks» seine neue Freundin Andrea: Für einen Bundesrat wäre das ein Skandal und die Frontgeschichte gewesen.)
- Man kann nicht nicht-kommunizieren. Im Sommer zeigte uns das Fernsehen Simonetta Sommaruga, die das Tennis-Finale Stan Wawrinka gegen Novak Djokovic besuchte. Und beim Cupfinal Basel - Sion war Alain Berset zu sehen. Und sofort stellte sich die Frage: Wo ist unser Sportminister Ueli Maurer? Ist er krank? Stinkt es ihm?

Bilder, die Amt und Würde eines Magistraten symbolisieren, gibt es zuhauf. Am prägnantesten sind dabei die militärischen Ehren beim Staatsbesuch. Auch diese Zeremonie ist minuziös definiert. Die militärischen Ehren bei einem Staatsbesuch werden auf zwei unterschiedliche Arten interpretiert:

1. Es ist die höchste Form der Würdigung
2. Es soll dem Staatsgast zeigen, wie wehrhaft die eigene Armee ist, und ihn auf diese Weise vor einem Angriff abschrecken.

Ich behaupte, dass solche Bilder in der Bevölkerung zunehmend mit einem Lächeln quittiert werden. Es ist klar: Um Amt und Würde zu symbolisieren, braucht es neue Zeremonien. Welche das sind, weiss ich nicht. Aber die Sprache der Inszenierungen wird sich wandeln.

Erinnern Sie sich, wie noch in den Neunzigerjahren Magistraten «gemessenen Schrittes» gingen? Sie waren fast alle korpulent, viele rauchten, sie sprachen langsam und bedeutungsschwanger. Diese Art zu sprechen hören wir heute nur noch vom Berner Vertreter im Bundesrat. Ansonsten hat sich das Bild davon, was magistral ist, sehr gewandelt. Achten Sie auf die Bilder der heutigen Magistraten: Es gibt jetzt auch Frauen. Und die Männer sind schlank, gehen im Eiltempo, die Entourage rennt mit Mappen und flatternden Krawatten hinterher. Manchmal geht man auch gemeinsam joggen, um zu zeigen, wie tatkräftig man die Geschäfte anpackt.

Ich hoffe, ich habe Sie ein bisschen sensibilisieren können, vor allem für die Sprache der Exekutive. Denkt ein Magistrat nach einer Abstimmungsniederlage, was in der linken Spalte der Tabelle steht, so sagt er etwa das, was rechts zu lesen ist.

Der Satz lautet konkordant gesagt:
Das Volk hat völlig falsch entschieden.	Ich nehme den Volkswillen ernst.
Ihr müsst jaaa nicht meinen, ich exponiere mich nochmals, um mich dann von euch abwatschen zu lassen.	Wir werden uns nun gemeinsam Zeit nehmen, um eine breit abgestützte, tragfähige Lösung zu suchen.
Rauft euch gefälligst selbst zusammen. Von mir ist in dieser Sache gar nichts mehr zu erwarten.	Ich lade alle Akteure ein, ihre Vorstellungen in einem offenen, transparenten Prozess einzubringen.

Man kann über die Sprache der Exekutivpolitikerinnen und Exekutivpolitiker lächeln, man kann ihre Worte und Sätze als leisererisch, als zu austariert, sogar als zum Gähnen langweilig oder als warme Luft bezeichnen. Man kann sich aber auch darüber freuen, dass in der Schweiz Hassprediger keine Chance auf ein Amt mit Verantwortung haben.